

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Brandt-Kommission vor großen Aufgaben

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1977) : Brandt-Kommission vor großen Aufgaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 10, pp. 482-483

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135116>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

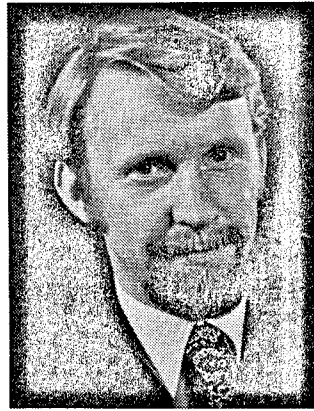
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Brandt-Kommission vor großen Aufgaben

Willy Brandt hat die große Herausforderung angenommen. Er wird Vorsitzender einer Kommission, die den Ausgleich in dem immer gespannter werdenden Verhältnis zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern ermöglichen soll. Weltbankchef McNamara bewies als Initiator der Kommission mit der Berufung Brandts zweifellos politisches Geschick. Denn kaum ein „opinion leader“ genießt in gleichem Maße Vertrauen in der Welt wie der Friedensnobelpreisträger und Entspannungspolitiker Brandt. Daß er gleichzeitig noch Präsident der sozialistischen Internationale ist, dürfte ihm in den meisten Entwicklungsländern ein zusätzliches Plus verschaffen. Ihr Mißtrauen gegenüber allen Aktivitäten des Westens zu ihrem angeblichen Nutzen wird durch Brandt zwar nicht beseitigt, aber doch erheblich verringert. Der Vertrauensvorschuß für den ehemaligen Bundeskanzler ist immens. Sein Engagement könnte genügen, um weitere international bedeutende Persönlichkeiten zur Mitarbeit zu gewinnen.

Dennoch ist die personelle Ausstattung der Kommission noch lange keine Erfolgsgarantie. Zur Behebung des mühsam dahinkrebsenden Nord-Süd-Dialogs wird mehr gehören als eine Sammlung illustrierter Namen und das Abfassen eines weiteren Lageberichts über die prekäre Situation der Dritten Welt und einige unverbindliche Empfehlungen. Die Aufgabe Brandts ist weitaus schwieriger als die seines Vorgängers Pearson, der sich mit einem voluminösen Report begnügen konnte. Die neue Kommission steht unter dem Zwang, konkret werden zu müssen und praktikable Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Dazu muß die Konzessionsbereitschaft der Entwicklungs- und Industrieländer erheblich gesteigert werden.

Die Staaten der Dritten Welt machen aus ihrer Verbitterung über die bisherige Form der Zusammenarbeit mit den Industrienationen des Westens keinen Hehl. Sie drängen deshalb auf die Realisierung ihrer Forderungen zur Neugestaltung der Weltwirtschaft. Ihnen geht es in erster Linie um schnelle und sichtbare Erfolge. Auch berechtigte Einwände des Westens werden als bewußte Verzögerungstaktik und Ausdruck mangelnder Kooperationsbereitschaft gewertet.

Willy Brandt wird als ehrlicher Makler mit dem Problem konfrontiert sein, den Entwicklungsländern klarmachen zu müssen, daß ihr Konzept einer Neuen Weltwirtschaftsordnung weder konsistent noch realistisch ist. Seine Kommission müßte einen gangbaren Weg zeigen.

Das wird nicht zuletzt dadurch erschwert, daß der Spielraum des Westens für substantielle Zugeständnisse in den letzten Jahren erheblich enger geworden ist. Arbeitslosigkeit, Inflation und strukturelle Anpassungsprobleme in den führenden Industriestaaten lassen heute die Öffnung der Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern und die Unterstützung der dortigen Industrialisierung weitaus schwieriger erscheinen als noch vor fünf Jahren. Die EG dürfte als Motor einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit erheblich an Zugkraft verlieren, wenn die mehrfach angekündigte Süderweiterung verwirklicht wird. Denn mit dem Beitritt von Spanien, Portugal, Griechenland und eventuell auch der Türkei erhalten die internen Strukturprobleme eine völlig neue Dimension. Dies ist bereits vor der Neuauflage des Lomé-Abkommens mit den Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes deutlich zu erkennen. Schon hier erweisen sich alle Vor-

schläge für Maßnahmen, die über das bisherige hinausgehen, als kaum durchsetzbar. Die Ausdehnung des Lomé-Modells auf alle Entwicklungsländer und zusätzliche Verhandlungsangebote zur Realisierung der Neuen Weltwirtschaftsordnung müssen daher mit großer Wahrscheinlichkeit Wunschträume bleiben.

Es ist schwer vorstellbar, daß die Entwicklungsländer die damit verbundene Reduzierung ihrer Wachstumsvorstellungen klaglos hinnehmen. Sie erwarten von der Brandt-Kommission eine wirksame Strategie zur Schließung der Lücke zwischen den armen und reichen Staaten dieser Welt. Der Vertrauensvorschuß könnte sehr schnell aufgezehrt sein, wenn die Kommission dieses Ziel als für die Mehrzahl der Entwicklungsländer in absehbarer Zeit unerreichbar erklären und statt dessen eine stärkere Verlagerung der Entwicklungshilfe auf die Deckung von Grundbedürfnissen empfehlen würde.

Dieser durchaus realistische und erfolgversprechende Ansatz wird von Politikern und Wissenschaftlern der Dritten Welt bisher nahezu einhellig abgelehnt. Sie sehen ihn lediglich als erneuten Beweis der Bevormundung durch die Industriestaaten und beharren auf ihren eigenen Vorstellungen. Wie kann es der Kommission gelingen, in dieser Situation gemeinsam getragene und pragmatische Konzepte auszuarbeiten, die nicht als erneute kolonialistische Unterdrückungsversuche diffamiert werden? Kann man die Illusionen auf ein realistisches Maß zurückschrauben?

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen im Nord-Süd-Dialog sind Zweifel mehr als berechtigt – zumal die Konzessionsbereitschaft auf Seiten der Industriestaaten nicht nur wegen eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten gering ist. Brandt ist zwar davon überzeugt, daß uns alle der Teufel holen wird, wenn der Nord-Süd-Konflikt nicht beigelegt wird; doch es genügt nicht, den Teufel an die Wand zu malen. Um die Bereitschaft zu mehr Entwicklungshilfe und zu weitergehender sonstiger Unterstützung der Entwicklungsländer durchschlagend zu verändern, bedarf es überzeugender Argumente. Der Öffentlichkeit muß demonstriert werden, daß der Westen in die politische und wirtschaftliche Katastrophe steuert, wenn der Ausgleich mit der Dritten Welt nicht gelingt. Zwar gibt es viele Propheten, die dies seit langem verkünden, aber bisher sind ihre Stimmen auf taube Ohren gestoßen.

Die Kommission sollte hier nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen und Entwicklungspolitik mit zu vielen Zielvorstellungen belasten. Denn es fällt der Öffentlichkeit in den Industriestaaten schwer, diese Politik als Friedenspolitik zu begreifen, wenn einerseits die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen zunimmt und andererseits ein echter Schaden für die eigene Wirtschaft nicht erkennbar ist. Statt derartige Argumente, die durch ihre häufige Wiederholung nicht überzeugender werden, erneut zu verwenden, ist es weitaus empfehlenswerter, sich auf die tatsächlichen Gefahren politischer Isolierung und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu konzentrieren. Noch gibt es nämlich kaum fundierte Analysen darüber, was ein Bruch mit den Entwicklungsländern z. B. für ein Land wie die Bundesrepublik bedeuten würde. Die Analyse der Rohstoffabhängigkeit ist nur ein kleiner Aspekt dieses Problems. In den übrigen Bereichen rangieren Vermutungen oder Spekulationen immer noch vor beweiskräftigen Fakten. Hier mehr Klarheit zu schaffen, ist dringend erforderlich.

Angesichts des breiten Aufgabenspektrums wäre es mehr als zuviel verlangt, wollte man von der Brandt-Kommission innerhalb von achtzehn Monaten wirklich eine umfassende Lösung des Nord-Süd-Problems fordern. Gerade wegen der zahlreichen Vorschußlorbeeren wäre die Gruppe gut beraten, wenn sie sich frühzeitig bescheidene Ziele setzte. Die Vermeidung einer weiteren Verschärfung des Konflikts, die Rückführung der Diskussion um die Neue Weltwirtschaftsordnung auf den Boden der Realität und die Ausarbeitung einiger machbarer Teilkonzepte müßten bereits als großer Erfolg angesehen werden.

Ein zusätzlicher Fortschritt könnte darin bestehen, Lösungsvorschläge nicht nur auf die westlichen Staaten zu begrenzen, sondern auch den Ostblock einzubeziehen, der im bisherigen Nord-Süd-Dialog meist ausgeklammert wurde. Willy Brandt als Architekt der neuen Ostpolitik erscheint geradezu prädestiniert dafür, erste Schritte zur Integration der sozialistischen Staaten in eine Politik der gemeinsamen Verantwortung für Entwicklungsländer einzuleiten und damit der Lösung des Problems etwas näherzukommen.